



ZWISCHENBILANZ

Forschungsprojekt zur Aufarbeitung von Zwangsadoptionen
in der SBZ/DDR in der Zeit von 1945 – 1989



Dem Ziel ein großes Stück näher – Die zweite Halbzeit der Forschungen zum Thema „Zwangsadoptionen in der DDR“ läuft

Seit dem 1. Juli 2022 widmen sich Forschende unterschiedlicher Disziplinen der für Betroffene besonders bedeutsamen Frage zur Vergangenheit der DDR: Entzog der Staat Eltern ihre Kinder aus Gründen, die nicht mit einer Kindeswohlgefährdung zusammenhängen oder zu rechtfertigen waren?

Unter der Leitung des **» Deutsches Institut für Heimerziehungsforschung gGmbH (DIH)** sind Sozialethiker, Erziehungswissenschaftler, Juristen, Psychologen und Medizinhistoriker mehrerer Universitäten und Institutionen zu einem Forschungsverbund für diese Aufgabe vereint. Die Entscheidung zugunsten des DIH im Forschungsverbund fiel unter Hinzuziehung einer unabhängigen Expertenkommission.

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) fördert die wissenschaftlichen Arbeiten im Rahmen des Zuwendungsrechts mit rund 1 Million Euro. Die Ergebnisse sollen nach Abschluss der Forschungsarbeiten Ende 2025 in Form einer wissenschaftlichen Studie – sog. Hauptstudie – veröffentlicht werden.

» Zur Vorstudie

Die erste Hälfte der Projektlaufzeit, die zu Beginn geprägt war vom Strukturaufbau zur Umsetzung des Forschungsauftrages, liegt nunmehr hinter dem Wissenschaftsteam. Die jeweiligen Teams organisierten sich und gingen mit einer straffen Zeit- und Aufgabenplanung in die Phase intensiver Recherchearbeiten.

Dabei stießen sie in den einschlägigen Archiven auf unterschiedliche Quellen, insbesondere auch auf Bestände der Jugendhilfe der DDR.

Die eigens eingerichtete Zeitzeugenplattform im Internet nahm nach umfangreicher Bewerbung in alle Richtungen ihre Arbeit auf. Zahlreiche Gespräche erfolgten bereits mit Betroffenen, die bereit waren, ihre belastenden Erinnerungen und z. T. tiefen Traumatisierungen zu schildern, um so zum Erkenntnisgewinn beizutragen.

Hohe Erwartungshaltung gegenüber den Forschenden

Mit Blick auf das Ziel, eine verbindliche Definition des Begriffes „Zwangsadoption“ zu formulieren und anhand dieser Definition und des aufgefundenen und gesichteten Aktenmaterials eine Aussage hinsichtlich der Fallzahlen sowie zur Frage, ob auf ein systembedingtes Vorgehen der DDR geschlossen werden kann, zu treffen, ist für das Forschungsteam jetzt die zweite, weiterhin zeit- und arbeitsintensive Phase ihrer Arbeiten eingeleitet.

Das Ergebnis der Studie zu diesem Forschungsprojekt wird von vielen Seiten bereits mit großem Interesse erwartet. Denn diese wissenschaftliche Studie soll auch dazu beizutragen, fundierte Antworten auf die vielen Fragen zur komplexen Thematik „Zwangsadoptionen in der DDR“ zu erhalten. Das Forschungsergebnis dürfte letztlich auch hilfreich für die Entscheidungsprozesse im Bereich der Rehabilitierungen hinsichtlich der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden im Falle politisch motivierter Adoptionen sein.

Forschung auf wissenschaftlicher Grundlage

Aus wissenschaftlichen Gesichtspunkten und mit Blick auf die Akzeptanz der „Hauptstudie“ in der Öffentlichkeit hat sich das DIH im Forschungsverbund dazu entschieden, zweimal im Jahr einen Fachtag durchzuführen. Hierzu werden auch mit dem Thema vertraute Fachleute aus Wissenschaft und Verwaltung eingeladen.

Am 31. Mai 2024 hielt das DIH den nunmehr vierten Fachtag in Berlin ab. Wie schon bei den vorigen Fachtagen gewährte das Forschungsteam Einblick in den aktuellen Stand der Arbeiten mit verschiedenen Impulsvorträgen. Dieses Format bietet dem Forschungsteam einen offenen, diskursiven Austausch und sichert die Qualität und Integrität ihrer zu erwartenden Forschungsergebnisse.

Geduld ist gefordert

Um den Grundsätzen wissenschaftlichen Arbeitens Rechnung zu tragen, können derzeit noch keine Zwischenergebnisse vom Forschungsteam herausgegeben werden. Eine diesbezüglich zurückhaltende Vorgehensweise ist bei einer emotional aufgeladenen wie persönlich sehr belastenden Thematik, wie sie vorliegend gegeben ist, grundsätzlich geboten. Allen Mitwirkenden ist bewusst, dass dies besonders von Betroffenen ein hohes Maß an Verständnis erfordert.

Blick auf die Verwaltungsebene

Das DIH und seine Verbundpartner werden auf der Verwaltungsebene durch das BMI begleitet: Zum einen durch die » Projektgruppe *DDR-Zwangsadoptionen (PG DZA)* beim BMI, zum anderen durch die » *Zentrale Auskunft- und Vermittlungsstelle (ZAuV)* beim Bundesamt für Zentrale Dienste und Vermögensfragen (BADV).

Die Projektgruppe DDR-Zwangsadoptionen – PG DZA

Die Verantwortung für die noch offenen Entscheidungen aus dem Bundestagsbeschluss (BT-Drucksache 19/11091) im Anschluss an die Veröffentlichung der Hauptstudie liegt bei der Projektgruppe „DDR-Zwangsadoptionen“ (PG DZA). Diese ist angesiedelt beim BMI und für die übergeordnete Koordinierung des gesamten Projektprozesses zuständig.

Die PG DZA ist eng mit der von ihr zu Projektbeginn eingerichteten ZAuV verknüpft. Im Rahmen ihrer Fachaufsicht ist sie u. a. zuständig für die Begleitung der Umsetzung des Aufgabenspektrums der ZAuV. Hierfür steht sie im regelmäßigen Austausch und engen Kontakt mit den dortigen Kolleginnen.

Schaffung optimaler Strukturen für das Forschungsteam

Eine weitere wesentliche Aufgabe der PG DZA liegt in der Begleitung der Hauptstudie. Ein Schwerpunkt dieser Aufgabe ist es, für das Forschungsteams möglichst optimale Rahmenbedingungen für ihre wissenschaftlichen

Arbeiten, insbesondere im Hinblick auf die erforderlichen Recherchen, zu schaffen. Insofern war die PG DZA bereits noch vor Beginn des Forschungsprojektes mit der Initiierung einer Gesetzesnovelle betraut, um den Weg zur Erforschung von Archivmaterial mit hochsensiblen und am stärksten durch Datenschutz geschützten Personendaten freizumachen. Für die aktuellen Feinabstimmungen zum Thema Datenschutz hat die PG DZA eine Koordinierungsfunktion zwischen dem DIH und den jeweiligen verantwortlichen Stellen auf Seiten der Länder inne und ist vermittelnd und unterstützend bei allen wichtigen Prozessen eingebunden.

Vielseitiges Aufgabenspektrum

Neben kontinuierlicher Information der Hausleitung zu allen wesentlichen projektrelevanten Ereignissen beantwortet die PG DZA Anfragen aus dem politischen Bereich.

Ebenso steht natürlich der Austausch mit der SED-Opferbeauftragten des Bundes, den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland auf der Agenda der PG DZA.

Beantwortet werden darüber hinaus Anfragen aus den Fraktionen des Bundestages oder Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern. Außerdem ist neben der Öffentlichkeitsarbeit die regelmäßige Teilnahme an Veranstaltungen, die das Thema betreffen, etwa bei der SED-Opferbeauftragten und den Interessenverbänden, Bestandteil des Aufgabenspektrums.

Zentrale Anlauf- und Vermittlungsstelle – ZAuV: Erste Anlaufstelle

Für Betroffene werden bei verschiedenen Behörden und Einrichtungen auf Bundes- und Länderebene bereits seit langem fachlich umfassende Beratungsangebote und Hilfestellungen bereitgestellt. In Ergänzung hierzu wurde aufgrund des Bundestagsbeschlusses vom 28. Juni 2019 zur BT-Drucksache 19/11091 beim BADV die ZAuV eingerichtet, die Anfang des Jahres 2021 ihre Arbeit aufgenommen hat.

Die Aufgabe der ZAuV besteht im Wesentlichen darin, erste Anlaufstelle für Betroffene zu sein und ihnen im Sinne einer „Lotsenfunktion“ passgenaue Beratungsangebote bei den bestehenden Behörden und Einrichtungen sowie Recherchemöglichkeiten aufzuzeigen.

Betroffene können sich schriftlich sowie telefonisch über ein Servicetelefon an die ZAuV wenden. Dieses Angebot wird regelmäßig und mit steigender Tendenz von Betroffenen, insbesondere der Personengruppe der adoptierten Kinder, angenommen.

Im ersten Quartal 2024 sind über diese Wege bereits 19 Anfragen eingegangen. Die Anfragen bestätigen, dass das Thema „politisch motivierte Adoptionen und Kindesentziehungen in der ehemaligen DDR“ bis heute ein Thema von großer individueller, zugleich aber auch gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist.

Auskunft und Information für die Öffentlichkeit

Darüber hinaus bietet die Webseite der ZAuV ein umfassendes Informationsangebot zum Thema „Zwangsadoptionen“ im Allgemeinen sowie zu Beratungs- und Recherchemöglichkeiten sowie **» aktuellen Entwicklungen**. Die Webseite der ZAuV wird mit derzeit durchschnittlich ca. 350 Aufrufen pro Woche sehr gut angenommen.

Im Rahmen der Aufgabenerfüllung wird auch weiterhin die Öffentlichkeitsarbeit im Fokus stehen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf das allgemeine Informationsinteresse, aber auch um einen sachlichen und objektiven Umgang mit der Thematik „Zwangsadoptionen in der DDR“ zu unterstützen und zu fördern.

Durchführung des Zuwendungsverfahrens – was heißt das konkret?

Abgesehen von dem Angebot für Betroffene führt die ZAuV im Auftrag des BMI das Zuwendungsverfahren hinsichtlich des bereits oben erwähnten Forschungsprojektes zur Aufarbeitung von Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR in der Zeit von 1945 – 1989 durch.

Die ZAuV steht dabei sowohl hinsichtlich der ordnungsgemäßen Verwendung der Fördermittel als auch zur Klärung von Fragen in regelmäßigem Kontakt mit den insofern verantwortlichen Personen des Zuwendungsempfängers, um einen reibungslosen Ablauf und einen erfolgreichen Abschluss des Projektes zu gewährleisten. So wurde z. B. zuletzt auf Antrag des DIH und in Abstimmung mit dem BMI die Laufzeit des Forschungsprojektes kostenneutral um ein halbes Jahr, bis Ende des Jahres 2025 verlängert.

Ausblick in die Zukunft – was folgt nach der Veröffentlichung der Hauptstudie?

Vom Ergebnis der Studie wird es abhängen, ob eine weitere Umsetzung der Punkte aus dem BT-Beschluss 19/11091 – wie z. B. die Einrichtung einer DNA-Datenbank – geboten und realisierbar erscheint, und inwieweit in diesem Zusammenhang auch eine Erweiterung der Aufgabenstruktur bei der ZAuV erforderlich sein wird.

Bis dahin werden die PG DZA und die ZAuV wie bisher das Forschungsprojekt im Rahmen der Aufgabenstellung begleiten, um im Interesse aller ein für die Beurteilung der Vorgänge im Zusammenhang mit Adoptionen/ Kindesentziehungen in der DDR verwertbares Ergebnis zu erhalten. ■